



## Antrag

der Abgeordneten des SSW

### CO<sub>2</sub>-Endlager verbieten

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, das gemeinsame Projekt der Landesregierung und der RWE-DEA zur Erkundung von potenziellen CO<sub>2</sub>-Lagerstätten im Landesteil Schleswig, in Ostholstein und in der küstennahen Nordsee zu beenden.
2. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert vom Schleswig-Holsteinischen Ministerpräsidenten ein eindeutiges Bekenntnis, dass er und seine Landesregierung die unterirdische Lagerung von CO<sub>2</sub> ohne Ausnahme ablehnen.
3. Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, umgehend mit den anderen Bundesländern in Verhandlungen zu treten, mit dem Ziel, die unterirdische Endlagerung von CO<sub>2</sub> per Gesetz zu verbieten.

Begründung:

Der Ministerpräsident hat am 16. Juni 2009 erklärt, dass CCS-Projekte nicht gegen den Widerstand der Bevölkerung durchgesetzt werden. Die RWE-DEA hat sich auch schon entsprechend geäußert. Angesichts der massiven Proteste im Erkundungsgebiet in den Kreisen

Nordfriesland und Schleswig-Flensburg steht es ohne Zweifel, dass die Bevölkerung die Einrichtung von CO<sub>2</sub>-Endlagern in Schleswig-Holstein grundsätzlich ablehnt.

Die Landesregierung und die RWE-DEA AG haben dieses Projekt gemeinsam am 12. März 2008 gestartet. Deshalb liegt es nun an beiden Partnern, die Zusammenarbeit für beendet zu

erklären und am Ministerpräsidenten ein eindeutiges Bekenntnis gegen die Nutzung dieser Technologie auszusprechen..

Weiter muss die Endlagerung von CO<sub>2</sub> im Untergrund generell verboten werden, damit diese Technologie nicht weiter verfolgt wird und Forschungsaktivitäten in Bereichen wie Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbare Energien verstärkt werden können.

Lars Harms  
für die Abgeordneten des SSW